

# Wir zahlen nicht für Eure Krise 2009

**Aktionstag am 28. März 2009**



## Motivierende Kundgebung für einen Systemwechsel in Graz

Am 28. März 2009 fand am Grazer Hauptplatz eine kreativ gestaltete Kundgebung mit ca 200 Teilnehmern statt.

**DANKE an alle Beteiligten für Euer buntes und kreatives Engagement.**

### Für eine demokratische und solidarische Gesellschaft

Während viele Organisationen beschlossen an der Demo in Wien teilzunehmen - was durchaus in Ordnung ist - entschieden wir uns, auch für die Menschen, die nicht nach Wien fahren wollen oder können, in Graz die Möglichkeit zu bieten, sich an den internationalen Protesten zu beteiligen. Etwa 200 Personen dankten es uns mit lautstarker Teilnahme und harreten zu einem großen Teil auch bis zum Ende auf dem Hauptplatz aus. Sie hatten es nicht zu bereuen, die Sambagruppe heizte mit ihren Rhythmen die Stimmung so richtig auf, die Performance unserer Banker mit dem Fass ohne Boden war wirklich sehenswert. Auch von vielen PassantInnen erhielten wir Rückenstärkung.

PolitikerInnen mehrerer Parteien fanden sich ebenfalls auf dem Hauptplatz ein. Viele positive Rückmeldungen bestätigen uns, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Ein herzliches Dankeschön an des Vorbereitungsteam, die AkteurInnen, besonders die Sambagruppe, und alle die zu uns auf den Grazer Hauptplatz gekommen sind und mit Töpfen und Sparschweinen ihren Unmut zum Ausdruck gebracht haben.

Die Demo in Wien war nach London und Berlin die größte in Europa, von einem Bündnis von fast 250 Organisationen aus einem breiten gesellschaftspolitischen Spektrum getragen. Auch das ein großer Erfolg für Attac und die kritische Zivilgesellschaft.

Der Protest sollte nicht sofort wieder verpuffen, sondern weiter gehen. Die nächste Möglichkeit zur

Beteiligung ist der internationale Aktionstag der Gewerkschaften am 16. Mai 2009.

[www.28maerz.at](http://www.28maerz.at)

# „Wir zahlen nicht für Eure Krise!“

## Für eine demokratische und solidarische Gesellschaft

Die schwerste Krise des Kapitalismus seit 1929 betrifft uns alle: massiver Anstieg der Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit, verlorene Häuser und Geldanlagen, teure Energie und Lebensmittel. Weltweit verlieren Menschen ihre Existenzgrundlagen und Lebensperspektiven. Die Regierungen, die die Krise durch die Entfesselung der Finanzmärkte wesentlich zu verantworten haben, retten jedoch vorrangig die Banken und die Reichen - mit unseren Steuergeldern. Dagegen wehren wir uns!

**Nur wenn sich viele Menschen solidarisieren und gemeinsam agieren, wird sich etwas ändern!**

Beim Weltsozialforum Ende Jänner in Belém/Brasilien wurde zu einem globalen Aktionstag anlässlich der Weltfinanzkonferenz am 2. April in London aufgerufen. Der weltweite Protesttag richtet sich gegen das gegenwärtige Wirtschaftssystem, das auf Gewinnmaximierung, Konkurrenzkampf, unfairem Handel und Ausbeutung der Ressourcen beruht. Die Herrschenden der Welt wollen an diesem System nichts ändern. Der Welt-Finanzgipfel der 20 mächtigsten Nationen (G20) setzt auf alte Strukturen und Machtverhältnisse. Während die Banken mit Milliarden übergossen werden, wird bei der Allgemeinheit umso kräftiger gespart. Die "Konjunkturpakete" leiten Steuergeld in die falschen Bereiche und an die Verursacher der Krise. Das erfüllt die Bevölkerung - in Verbindung mit jahrelanger neoliberaler Politik und Umverteilung von unten nach oben - zu Recht mit Wut.

### Wir fordern daher:

- **Demokratische Kontrolle der Finanzmärkte**

Breiter Prozess bei der globalen Finanzkonferenz: Alle Staaten, Parlamente und VertreterInnen der Zivilgesellschaft an einen Tisch!  
Strenge Regulierung aller Akteure und Produkte, gemeinwohlschädigende Geschäfte müssen verboten, Steueroasen geschlossen, Bankgeheimnisse gelüftet werden.

- **Sozial- statt Bankenpaket**

Kein Steuergeld in Fässer ohne Boden. Sozialisierung bzw. Demokratisierung statt Subventionierung der Banken. Sozialer Schutzschirm für Erwerbslose, Beschäftigte und RentnerInnen u. a. durch Mindestlohn, Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnverzicht, Ausbau der sozialen Infrastruktur, höheres Arbeitslosengeld und repressionsfreie Grundsicherung.

- **Die Verursacher und Profiteure müssen zahlen**

Finanzierung aller Krisenkosten mit Transaktions- und progressiven Vermögenssteuern. Die Verluste dürfen nicht sozialisiert werden. Die Krise darf nicht auf die Menschen des globalen Südens und die Natur abgewälzt werden.

- **Ökologischer und sozialer Umbau der Wirtschaft**

Steuergelder müssen in den ökologischen Umbau der Wirtschaft und in demokratische Güter wie Bildung, Pflege, Gesundheit, öffentlicher Verkehr fließen statt in Autofirmen und Unternehmen, die soziale und ökologische Kosten auf die Allgemeinheit abwälzen.

- **Systemwechsel - für eine solidarische Gesellschaft und Ökonomie!**

Wir fordern eine alternative Form des Wirtschaftens, die auf den Säulen demokratische Mitbestimmung, soziale Gerechtigkeit, ökologische Nachhaltigkeit und globale Solidarität aufbaut. Entschuldung, gerechter Handel, regionaleres Wirtschaften, kooperative Betriebe, öffentliche Güter und die gerechte Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit zwischen den Geschlechtern müssen Elemente dieser Alternative sein.

[www.28maerzt.at](http://www.28maerzt.at)

[Flyer zum Download](#)





